

Berlins „Hipster-Ghetto“ (18. Januar 2016)

Kurzbeschreibung

Eine amerikanische Journalistin erkundet den multikulturellen Charakter Berlins und insbesondere des Arbeiterviertels Neukölln – ein Magnet für türkische Einwanderer, ein Zentrum für polnische Arbeiter und ein Zufluchtsort für russische Juden. Die jüngste Zuwanderung hat der deutschen Metropole ein kosmopolitisches Flair zurückgegeben.

Quelle

Berlins Hipster-Ghetto

In einem der zuwanderungsstärksten Stadtteile Deutschlands leben Flüchtlinge und coole Kids nebeneinander – aber nicht miteinander.

BERLIN - Gül-Aynur Uzun schlängelte sich durch die Berliner Karl-Marx-Straße, grüßte Frauen in schwarzen Tschadadors auf Türkisch und plauderte mit mir auf Deutsch. Es war ein Samstagnachmittag im September, und jeder versuchte, seine Besorgungen zu erledigen, bevor die Geschäfte am Sonntag schlossen; die Straße war voll mit Auslagen von Discountern und Lebensmittelmärkten.

Wir gingen durch Neukölln, einen ehemaligen Westberliner Bezirk und seit langem eine Enklave von Einwanderern. Die Straßen waren gesäumt von gedrungenen, flachen Nachkriegsgebäuden, in denen sich die unterschiedlichsten Geschäfte befanden: Innerhalb weniger Häuserblocks konnten die Bewohner des Viertels türkischen Tee und Gebäck kaufen, eine pinkfarbene Handtasche erwerben, am Gottesdienst in einer Moschee teilnehmen oder ein Theater aus dem 19. Jahrhundert besuchen. Uzun kam gerade von einer morgendlichen Führung durch das Viertel. Heute leben Menschen aus mehr als 160 Ländern in Neukölln, und Journalist*innen und Politiker*innen nutzen Uzuns Führungen, um einen der vielfältigsten Bezirke Berlins besser zu verstehen.

Wir bogen um die Ecke in eine Gasse, in der das geschäftige Treiben von Geschäften und Menschen dem Kopfsteinpflaster und Bauernhäusern mit Blumenkästen wich. Innerhalb weniger Minuten standen wir vor einer Statue von Friedrich Wilhelm I., dem preußischen König, die auf einem hohen Sockel stand, der uns beide in den Schatten stellte.

Dorthin führt Uzun ihre Reisegruppen. Hier erzählt sie ihnen, dass das Rixdorfer Viertel in Neukölln eigentlich schon seit Jahrhunderten Einwanderer beherbergt: Im 18. Jahrhundert lud König Friedrich böhmische Protestanten ein, das Land zu besiedeln, und befreite sie sogar von Steuern und vom Militärdienst.

„Sie durften ihre Sprache beibehalten“, sagt Uzun und zeigt auf ein Straßenschild, das noch auf Tschechisch ist. „Es hat 140 Jahre gedauert, bis sie sich wirklich integrieren konnten.“

Fast 300 Jahre nach der Ansiedlung der ersten Böhmen im Bezirk ist Neukölln nach wie vor ein Zentrum der Zuwanderung in Berlin und ein Laboratorium für die Integrationsversuche des Landes. Heute haben mehr als 40 Prozent der 325.000 Einwohner*innen des Bezirks einen Migrationshintergrund, was in Deutschland als Herkunft aus einem anderen Land oder mit ausländischen Eltern oder Großeltern definiert wird; etwa ein Viertel der Einwohner*innen hat keinen deutschen Pass, so das Bezirksamt Neukölln.

Die Geschichte von Neukölln ist in gewisser Weise eine Erfolgsgeschichte. Das Gebiet befindet sich im äußersten Westen des ehemaligen West-Berlins – so weit entfernt, wie es möglich war, Zuwanderer anzusiedeln und gleichzeitig innerhalb der Stadtgrenzen zu bleiben, als die Berliner Mauer gebaut wurde – und hat es geschafft, mit dem Rest der Hauptstadt integriert zu bleiben. Im Gegensatz zu den *Banlieues* in Frankreich ist Neukölln gut an das Zentrum Berlins angebunden, sowohl praktisch – mit einer U-Bahn-Linie, die direkt in die Mitte der Stadt führt – als auch kulturell: In den letzten Jahren hat sich der Kiez zu einem Wohngebiet für junge Deutsche entwickelt, die von den günstigen Mieten angezogen werden. Cocktailbars und Restaurants folgten, und was als Siedlung von Gastarbeiter*innen begann, die zum Wiederaufbau eines vom Krieg zerstörten Landes ins Land geholt wurden, hat sich zu einem beliebten Teil Berlins entwickelt.

Aber in anderer Hinsicht hat das Gebiet weiterhin zu kämpfen. Heute sind etwa 15 Prozent der Bewohner*innen des Viertels arbeitslos – höher als die Gesamtarbeitslosenquote Berlins von 11 Prozent und mehr als doppelt so hoch wie der deutsche Durchschnitt von etwa 6 Prozent. Etwa ein Drittel der Bewohner*innen des Viertels lebt von Sozialhilfe. Und obwohl sich das Viertel in den Rest der Stadt integriert fühlen mag, sagen viele seiner Bewohner*innen, dass sie sich immer noch nicht als vollwertige Mitglieder der deutschen Gesellschaft fühlen.

Heute strömen Migrant*innen in Rekordzahlen nach Deutschland. Die Geschichte Neuköllns bietet Warnungen für die Zukunft – und Lektionen für die politischen Entscheidungsträger*innen der Gegenwart.

„Bei den bisherigen Integrationsbemühungen ist so viel schief gelaufen“, sagt Maria Macher, die als Projektleiterin bei einer Organisation für soziale Arbeit mit Migrant*innen in der Nachbarschaft tätig ist. „Jetzt, mit einer neuen Welle von Flüchtlingen, haben wir eine neue Chance“.

* * *

„Aufgrund unserer Demografie ist Deutschland gezwungen, ein Einwanderungsland zu sein“, schrieb Heinz Buschkowsky, Neuköllns langjähriger Bürgermeister, 2012 in seinem Bestseller *Neukölln ist überall*. Buschkowsky meinte damit, dass Deutschland aufgrund der alternden Bevölkerung und der niedrigen Geburtenrate zu der Zeit, als er schrieb, Arbeitskräfte importieren müsse. Doch in Wirklichkeit war Deutschland von Anfang an ein Einwanderungsland.

Nach der Reichseinigung im Jahr 1871 hatte das sich rasch industrialisierende Deutschland mit einem Mangel an Arbeitskräften zu kämpfen – das Ergebnis von jahrzehntelangen Kriegen und Hungersnöten, die junge Menschen in Länder wie die Vereinigten Staaten flüchten ließen. Also lud Deutschland Gastarbeiter*innen aus anderen Ländern – vor allem aus Polen – ein, um beim Aufbau der Wirtschaft zu helfen. Bis zum Ersten Weltkrieg lebten nach Angaben der Bundeszentrale für politische Bildung mehr als 1,2 Millionen Ausländer*innen im Land. Eine Strategie, die Deutschland im 20. Jahrhundert wieder aufgreifen sollte: In den 1950er und 1960er Jahren lud es Gastarbeiter*innen aus Italien, der Türkei und anderen Ländern ein, um nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs die Wirtschaft wieder aufzubauen.

Aber Deutschland hat nie erwartet, dass diese Gastarbeiter*innen bleiben würden. Jahrzehntlang hat die Politik des Landes aktiv gegen Einwanderer*innen gearbeitet, die sich eine dauerhafte Heimat aufbauen wollten: Die Behörden erteilten den Gastarbeiter*innen befristete Visa und schränkten in einigen Fällen ihre Wohnmöglichkeiten ein. Dennoch blieben viele Einwanderer*innen, wie Uzun und ihre Familie, hier. Heute hat etwa ein Viertel der deutschen Bevölkerung einen Migrationshintergrund, wie aus einer im Juni veröffentlichten Studie der Bundeszentrale für politische Bildung hervorgeht. Von denjenigen mit Migrationshintergrund sind fast 18 Prozent türkisch. Und viele von ihnen nennen Neukölln ihr Zuhause.

Uzuns Erfahrung ist typisch für viele Einwanderer*innen. Vor mehr als 40 Jahren zog ihre Mutter mit der 6-jährigen Uzun und ihren beiden älteren Brüdern nach Deutschland, um einen Job als Monteurin für Glühbirnen zu finden. Ihre Familie tauschte ein komfortables Haus mit Garten in Istanbul gegen eine Wohnung in Rixdorf in der Nähe der Arbeitsstelle ihrer Mutter. Wie die meisten Wohnungen des Viertels war sie billig und hatte kein Bad und keine Küche. Rixdorf war eine der wenigen Gegenden, in denen sie sich niederlassen konnten: Bei ihren Rundgängen holt Uzun gerne den türkischen Pass ihrer Mutter aus dem Jahr 1987 hervor, in dem zwei Jahresvisa eingetragen sind, die festlegen, in welchen Berliner Stadtteilen sie leben durfte.

Uzun besuchte eine rein türkischsprachige Schule bis zur fünften Klasse, als sie plötzlich in eine deutschsprachige Schule versetzt wurde, wo die anderen Kinder wenig mit ihr zu tun haben wollten. Nach dem Schulabschluss begann sie in einer Druckerei zu arbeiten, wo sie ihren Mann kennenlernte, ebenfalls das Kind eines türkischen Gastarbeiters.

Heute spricht sie fließend Deutsch und hat zwei Kinder in Deutschland großgezogen. Neben ihrer Tätigkeit als Reiseleiterin arbeitet sie in einer Nachbarschaftsorganisation, die Frauen aus Ländern des Nahen Ostens dabei hilft, sich in den für sie fremden Aspekten des deutschen Lebens zurechtzufinden, z. B. wie man sich für den Kindergarten anmeldet oder wie man den Müll für das Recycling trennt. Aber sie hat immer noch einen türkischen Pass und muss alle paar Jahre ihr deutsches Visum erneuern. „Ich bin hier immer wie eine Außenseiterin behandelt worden“, sagt sie.

Diese Erfahrung ist in Deutschland üblich, das traditionell ein Assimilationsmodell zur Integration von Neuankömmlingen verfolgt. Es ähnelt dem Ansatz, der in Frankreich verfolgt wird: Die Zuwanderer*innen müssen sich bemühen, deutscher zu werden, anstatt dass Deutschland die Definition von Zugehörigkeit öffnet, sagt Ines Michalowski, wissenschaftliche Mitarbeiterin für Migration und Integration am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). „Deutschland sieht sich einfach nicht als Land der Einwanderer“, sagte sie.

Trotz jahrzehntelanger Erfahrung mit Neuankömmlingen hat Deutschland erst im Jahr 2005 ein nationales Einwanderungsgesetz verabschiedet, das Neuankömmlingen aus anderen Ländern helfen soll, sich besser zurechtzufinden. Die neuen Bestimmungen erleichterten die Visabeschaffung und boten kostenlose Deutsch- und Integrationskurse an. Von 2005 bis 2013 haben nach Angaben des Innenministeriums etwa 1.333.000 Menschen an diesen Kursen teilgenommen.

Während das Gesetz zumindest ein Schritt war, um anzuerkennen, dass Deutschland zu einem Land der Zuwanderer wird, war es nicht völlig erfolgreich, wenn es darum ging, ihre Perspektiven zu verbessern. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung veröffentlichte 2014 eine Studie mit dem Titel „Neue Potenziale“, die zeigt, dass Deutschland noch einen weiten Weg zur Integration von Zuwanderern vor sich hat, insbesondere wenn es ihre Talente für die Besetzung von Arbeitsplätzen nutzen will. Die Studie zeigt, dass nur etwa 25 Prozent der Kinder von Zuwanderern einen Hochschulabschluss haben, verglichen mit 43 Prozent der einheimischen Deutschen. Das Ergebnis ist, dass Einwanderer*innen aus dem Nahen Osten und Afrika eine höhere Arbeitslosenquote haben – etwa 20 Prozent, verglichen mit 6 Prozent im Inland – und auch weniger verdienen.

* * *

Als Arnold Mengelkoch, Neuköllns derzeitiger Migrationsbeauftragter, vor acht Jahren sein Amt antrat, schien der Bezirk auf wackligen Beinen zu stehen, sagte er. Seit Anfang der 1990er Jahre, als viele Unternehmen den Kiez verließen, ging es mit ihm bergab. Türkische Gastarbeiter*innen fanden keine Arbeit mehr, und die Gegend kämpfte mit Drogenhandel, Kriminalität und Arbeitslosigkeit, so Mengelkoch. Gleichzeitig wuchs Neukölln mit Flüchtlingen aus dem Libanon, Palästina und anderen Konfliktregionen an.

„Die Kinder haben die Frustration ihrer Eltern geerbt“, sagte er. „Die Lehrer*innen haben es aufgegeben, die Kinder zum Schulbesuch zu bewegen“. Viele Bewohner*innen des Viertels fühlten sich „hoffnungslos“. Viele in ganz Deutschland sahen Neukölln als ein Symbol für die Schattenseiten der Einwanderung.

Vor etwa sechs Jahren gehörte Mengelkoch zu einer Gruppe, die in Neukölln ein Manifest verfasste, um festzulegen, wie Neuankömmlinge erfolgreich integriert werden können. Das Manifest spricht zwar von der Verantwortung, welche die Gesellschaft bei der Integration von Zuwanderern hat, legt aber die Hauptlast auf die Neuankömmlinge, die deutsche Kultur zu erlernen und sich an sie anzupassen. In der Präambel heißt es, dass „Neuankömmlinge die Bereitschaft zur Assimilierung, zum Lernen und zur Anpassung mitbringen müssen“, und dann werden verschiedene Möglichkeiten aufgezählt, wie sie sich in die deutsche Gesellschaft einfügen sollten.

Diese Integrationsbemühungen, zu denen auch Programme gehören, die Zuwanderer*innen dazu ermutigen, ihre Kinder in eine kostenlose Kindertagesstätte zu schicken, und Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit, machten den Bezirk einladender. Sie verringerten die Kriminalität und trugen dazu bei, dass sich Nicht-Einwanderer*innen in Neukölln niederließen und den Weg für hochwertige Geschäfte und Restaurants ebneten. Aber sie trugen wenig dazu bei, dass sich Zuwanderer*innen und ihre Familien willkommen fühlten.

In dem Abschnitt über Bildung heißt es beispielsweise, dass Zuwanderer*innen, die ihre Töchter vom Schwimmunterricht fernhalten, gegen das Berliner Bildungsgesetz verstoßen. Aber viele muslimische Familien in Deutschland fühlen sich einfach nicht wohl dabei, wenn ihre Töchter vor Männern Badeanzüge tragen – ein Gefühl, an dem auch die angedeutete Drohung des Manifests wenig geändert hat.

Selbst wenn Deutschland mehr Hilfe für Einwandererfamilien bereitgestellt hat, ist diese Hilfe für Neuankömmlinge, die von der Bürokratie und der Kultur des Landes verwirrt sind, oft unerreichbar. Das Problem ist nicht, dass sich die Einwanderer*innen nicht anpassen oder ihren Kindern keine Chancen geben wollen, sagt die Sozialarbeiterin Macher. Viel häufiger sei es, dass sie nicht wüssten, wie.

Macher ist Projektleiter bei einer Organisation namens Diakoniewerk Simeon. Im Jahr 2004 rief Macher mit Hilfe öffentlicher Zuschüsse ein Programm für Stadtteilmütter ins Leben, in dem Mütter mit Migrationshintergrund in Neukölln geschult werden, um andere weniger assimilierte Mütter mit Migrationshintergrund in ihrer Muttersprache zu erreichen und ihnen bei der Integration in die deutsche Gesellschaft zu helfen. Das Programm besteht aus zehn Hausbesuchen, bei denen die Mütter aus der Nachbarschaft Aspekte des deutschen Lebens erklären, z. B. wie man Arzttermine vereinbart, Bücher aus der Bücherei besorgt, sich für Sprachkurse anmeldet und Nährwertangaben liest. Uzun ist eine Absolventin des Programms. Nach der Schulung werden diese Mütter in die Nachbarschaft geschickt, um konservativere Frauen in Schulen oder Moscheen zu finden und ihnen von dem kostenlosen Programm zu erzählen.

Seit seinem Start hat das Programm nach Angaben von Macher 8.000 Familien erreicht. Heute besuchen mehr als 90 Prozent der Kleinkinder in der Nachbarschaft eine kostenlose öffentliche Kinderkrippe, was ihrer Meinung nach zum Teil das Ergebnis der Öffentlichkeitsarbeit ihrer Gruppe ist. „Das Problem ist nun, dass wir mehr Krippenplätze brauchen“, sagte sie.

Angesichts des plötzlichen Zustroms von Migrant*innen im vergangenen Jahr hat Deutschland die Notwendigkeit erkannt, nicht nur die Integrationsbemühungen zu verstärken, sondern auch seinen Ansatz zu überdenken. Die meisten der 1,1 Millionen Asylsuchenden, die 2015 in Deutschland registriert wurden, sind nach wie vor in provisorischen Unterkünften untergebracht, die über das ganze Land verteilt sind, während sie auf das Ergebnis ihrer Anträge warten. Einige haben jedoch begonnen, sich auf

den Weg in Bezirke wie Neukölln zu machen, wo sie weitgehend sich selbst überlassen bleiben werden.

In einer Rede vor dem Parlament Ende November sagte Innenminister Thomas de Maizière, Deutschland müsse darüber nachdenken, was der Zustrom langfristig für das Land bedeute. „Viele werden länger hier bleiben. Deshalb ist es eine der wichtigsten Aufgaben, den Menschen, die hier bleiben, eine langfristige Perspektive zu geben“, sagte er und forderte für 2016 zusätzliche 326 Millionen Euro für Integrationsmaßnahmen. „Eine gelungene Integration ist entscheidend für die langfristige Akzeptanz und unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.“ Die deutschen Pläne sind jedoch nicht sehr detailliert und drehen sich hauptsächlich um mehr Sprach- und Integrationskurse.

Es gibt erste Anzeichen dafür, dass Deutschland sich damit auseinandersetzt, was es bedeutet, ein Einwanderungsland zu sein. Heute haben 34,5 Prozent der Kinder unter 5 Jahren einen Migrationshintergrund, und diese Zahl wird voraussichtlich noch steigen. Auf dem Jahreskongress ihrer konservativen Christlich-Demokratischen Union im Dezember wiederholte Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Botschaft „Flüchtlinge willkommen“ und rief zu mehr Anstrengungen bei der Integration von Menschen aus anderen Gesellschaften auf. Doch seit den Übergriffen in der Silvesternacht in Köln, bei denen sich deutsche Frauen über Übergriffe durch einen Mob von Männern mit größtenteils ausländischem Hintergrund beschwerten, sind viele im Lande zunehmend misstrauisch gegenüber Neuankömmlingen geworden, was Merkel in die Defensive drängt.

Doch selbst in einem der vielfältigsten Teile des Landes herrscht Verwirrung darüber, was es bedeutet, eine Einwanderernation zu sein. Im Juni 2015 sorgte die frischgebackene Juristin Betül Ulusoy für Schlagzeilen, als sie zur Unterzeichnung eines Vertrags für ihre neue Stelle als Referendarin in der Neuköllner Stadtverwaltung erschien. Sie trug bei dem Termin ein Kopftuch; Neukölln teilte ihr mit, dass es das Stellenangebot überprüfe, bevor es einlenkte und ihr eine so genannte Ausnahmegenehmigung erteilte.

Quelle: Renuka Raysam, „Berlin's Hipster Ghetto“, *Foreign Policy*, 18. Januar 2016. Online verfügbar unter:
<http://foreignpolicy.com/2016/01/18/berlins-hipster-ghetto-neukolln-refugees-migration-immigrants/>

Übersetzung: GHD staff

Empfohlene Zitation: Berlins „Hipster-Ghetto“ (18. Januar 2016), veröffentlicht in: German History in Documents and Images,
<<https://germanhistorydocs.org/de/ein-neues-deutschland-1990-2023/ghdi:document-5330>>
[28.04.2024].